

umzusteigen. In den Ländern hat sie bereits mit allen im Bund vertretenen Parteien koalitiert, sodass sie – wenn es denn für eine kleine Zweierkoalition nach dem alten Muster nicht mehr reicht –, theoretisch sowohl eine Ampel- als auch eine Linkskoalition anführen könnte. Koalitionspolitisch wird die zentrale Position im Parteiensystem also nicht von CDU und CSU, sondern von den Sozialdemokraten besetzt, die aus heutiger Sicht an jeder denkbaren Regie-

rung beteiligt wären. Diese Schlüsselrolle könnte ihr die Union nur entwinden, wenn sie sich nach links weiter öffnet und die eigenen Koalitionsoptionen durch ein Bündnis mit den Grünen verbreitert. Entsprechende Gelegenheiten bieten sich womöglich schon bei den anstehenden Landtagswahlen. Dann wird sich zeigen, welche Konsequenzen die Partei aus ihrem Anspruch auf die politische Mitte tatsächlich zu ziehen bereit ist.

*Albrecht von Lucke*

## Das Schweigen der Ränder

*Vor den wichtigen »Halbzeitwahlen« in Niedersachsen, Hessen und Hamburg und angesichts anhaltender Streitigkeiten in der Großen Koalition stellt sich drängend die Frage nach den Koalitionen der Zukunft. Entscheidend werden jene Parteien sein, die heute die Opposition stellen – mit mehr oder weniger taktisch-strategischem Erfolg.*

Lange nichts gehört von der »Freiheitsstatue der Republik« (Guido Westerwelle über Guido Westerwelle)? In der Tat, der sonst so »putzmuntere« Parteivorsitzende der FDP war in letzter Zeit kaum mehr zu vernehmen. Und das hat durchaus seinen Grund: Keiner Partei geht es derzeit schlechter als den Liberalen, jedenfalls wahlstrategisch. Eben noch notwendiger Koalitionspartner fast aller Parteien, erscheint die FDP aufgrund ihrer einseitig wirtschaftsliberalen Ausrichtung und angesichts der mentalen Linksverschiebung im Lande fast schon als das Schmuttelkind des Parlaments, mit dem auf absehbare Zeit keiner mehr spielen will.

Wenn Guido Westerwelle nach dem Hamburger Parteitag der SPD diese als nicht mehr koalitionsfähig bezeichnete, ist das deshalb ein Problem – weniger für die Sozialdemokratie als vielmehr für die FDP. Von der früher einmal von den Liberalen angestrebten wahltaktischen Äquidistanz zu Union und SPD kann heute jedenfalls

nicht mehr die Rede sein. Im Gegenteil: Angesichts der gravierenden programmatischen Unterschiede zwischen FDP und SPD reduzieren sich die Koalitionsmöglichkeiten der Liberalen zunehmend auf die Union. Und da auch eine schwarz-gel-



**Albrecht von Lucke**

(\* 1967) ist Redakteur der *Blätter für Deutsche und Internationale Politik* in Berlin. In Kürze erscheint im Wagenbach-Verlag: 68 oder neues Biedermeier.

[albrecht.vonlucke@blaetter.de](mailto:albrecht.vonlucke@blaetter.de)

be Koalition derzeit nicht in Aussicht ist, bliebe der FDP allein die schwarze Ampel, also schwarz-gelb-grün. Die Grünen aber, die sich derzeit wieder verstärkt um ein linkeres Profil bemühen, dürften sich hüten, mit den noch immer arg ungeliebten »Neo-Liberalen« in einer Koalition unter

Angela Merkel gemeinsame Sache zu machen.

Mehr noch: Eine weiterhin strikt wirtschaftsliberale FDP wird mit Blick auf die Bundestagswahlen zunehmend auch zur Belastung für die Union. Tatsächlich heißt heute die größte Gefahr für die Kanzlerin im Hinblick auf die Wahl 2009 Guido Westerwelle. 2005 hatte Angela Merkel mit dem aus dem Ruder laufenden Bundesverfassungsrichter Kirchhoff die Verkörperung des von der Bevölkerung abgelehnten Neoliberalismus in den eigenen Reihen; 2009 könnte es die FDP sein, die als potenzieller Koalitionspartner den Wähler abschreckt. Doch selbst Guido Westerwelle, der die Kanzlerin schon einmal polemisch als »Anführerin des Leichenzugs der Großen Koalition« bezeichnete, scheint das inzwischen gemerkt und die eigene Lautstärke merklich gedrosselt zu haben – vor allem aus taktischen Gründen vor den auch bundespolitisch vorentscheidenden Landtagswahlen in Niedersachsen, Hessen und Hamburg. Bleibt nur abzuwarten, wie lange die »Statue« ihr Schweigen diesmal durchhalten wird.

### **Das taktische Kalkül der Linkspartei**

Ebenso schweigsam verhält sich derzeit allerdings ein anderer »Lautsprecher«, nämlich Oskar Lafontaine. Allerdings unter umgekehrten Vorzeichen: Keiner Partei geht es derzeit besser als der Linkspartei. Und zwar allein durch ihre pure Präsenz, ohne dass »Die Linke« dafür etwas verlautbaren müsste. Zwar will sich bis heute im Bund (noch) keiner mit ihr koalitionär abgeben, andererseits bewegt sich angesichts des offensichtlichen Linksrucks alles auf sie zu. Spätestens mit dem Hamburger Parteitag hat die Linkspartei ihr erstes Ziel schon erreicht, die SPD nach links zu verschieben, und die CDU tendenziell gleich mit. Die *Welt* beklagt bereits »die schleichende Lafontainisierung der Koalition«.

Allerdings steht das zweite angestrebte Ziel der Linkspartei noch aus, nämlich die eigene Koalitionsfähigkeit. Auch deshalb hörte man in der letzten Zeit so wenig von Lafontaine, angesichts einer rechnerisch möglichen rot-roten Koalition in Hessen. Denn das größte Problem für eine zukünftige Koalition ist der Saarländer selbst, mit seinem aggressiven Sozialpopulismus. Hier geht es Lafontaine genau wie Westerwelle, der Linken genau wie der FDP: Zuviel Polarisierung verringert mögliche Koalitionenschancen.

Während die beiden Volksparteien der Mitte sich auf ihren Programmparteitagen krampfhaft darum bemühten, zu polarisieren und sich ein scharfes programmatisches Profil zu verschaffen, um sichtbare Unterschiede im Kampf um die Mitte geltend zu machen, müssen sich die beiden Pole – FDP und Linke – im Gegensatz dazu stärker mittig orientieren, um auf diese Weise überhaupt koalitionsfähig zu werden. Denn polarisierend wirken FDP und Linkspartei ohnehin in ausreichendem Maße.

### **Die Grünen als Zünglein an der Waage**

Da jedoch zukünftige Koalitionen aller Voraussicht nach Dreier-Bündnisse sein werden, müssten sich eigentlich alle Augen bereits heute auf das kommende Zünglein an der Waage richten – nämlich auf die Grünen. Welche Dreier-Formation auch immer eines Tages als erste bundesweit gewagt werden wird – ob schwarz-gelb-grün, rot-gelb-grün oder rot-rot-grün – die Grünen werden als einzige Partei in jedem Fall gebraucht; sie werden immer dabei sein.

Für die Grünen kommt es taktisch-strategisch deshalb vor allem darauf an, in der ganzen Breite koalitionsfähig zu sein und zu bleiben, sprich: so »mittig« wie möglich aufzutreten. Angesichts ihres momentan eher diffusen Erscheinungsbildes

muss man den Eindruck haben, dass sie genau dies auch erreichen – ob gewollt oder ungewollt. Von den drei Oppositionsparteien sind sie offensichtlich nach wie vor die profilloseste – was aus den genannten Gründen keineswegs zu ihrem Nachteil reichen muss. Im Gegenteil: Zuviel Profil verschreckt potenzielle Koalitionspartner. Wenn ein neoliberaler Rechtsausleger wie Oswald Metzger nach dem jüngsten Parteitag in Köln seinen Austritt erklärt, muss das für die Grünen also kein Nachteil sein.

In ihrer diffusen Mittigkeit haben die Grünen heute für jeden etwas im Angebot: die bedarfsorientierte Grundsicherung auf der rot-rot-grünen und die ökologische Marktwirtschaft auf der schwarz-gelb-grünen Seite. Und gleichzeitig verfügen sie von Hause aus mit ihren weichen Themen wie Ökologie und Frauenpolitik über genau jene Schlüsselbereiche, die in der Zukunft wohl noch stärker im Mittelpunkt jeder möglichen Koalitionsbildung stehen werden. Dennoch ist für die Grü-

nen die ideale koalitionäre Lage offensichtlich Chance und Last zugleich. Denn gleichzeitig verhindert das ständige Taktieren die nach vorne gerichtete, visionäre Profilbildung und damit genau das, was vor langer Zeit einmal die Attraktivität dieser Partei ausmachte.

### **Die mediale Großwetterlage**

Allerdings wird trotz alledem wohl etwas anderes weit mehr über die kommende Koalition entscheiden, nämlich die Frage, ob und wie sich die mediale Großwetterlage in den nächsten anderthalb Jahren verändert. Seit geraumer Zeit herrscht in den Leitmedien der Republik eine zunehmende Präferenz für das angebliche bürgerliche Bündnis, auch als die »Versöhnung im Bürgertum« apostrophiert, sprich: Schwarz-Grün oder, wenn nötig, auch Schwarz-Gelb-Grün. Angesichts der Tatsache, dass bei einem auf Dauer gestellten Fünf-Parteien-

parlament Schwarz-Grün rein prozentual in weiter Ferne liegt und auch Schwarz-Gelb-Grün aus den genannten Gründen schwer machbar erscheint, könnte jedoch eine andere Konstellation mehr und mehr in das Zentrum der Aufmerksamkeit rücken: nämlich die originäre Ampel. Der alte Machttaktiker Jürgen Trittin spricht deshalb bereits heute reichlich euphemistisch davon, dass Rot-Gelb-Grün »ein modernes Deutschland repräsentieren könnte« – für einen ehemals prononciert Linken eine immerhin erstaunliche Aussage.

Damit daraus tatsächlich eine reelle Option wird, wird sich die FDP allerdings noch intensiv auf ihre einstigen sozial-liberalen Wurzeln besinnen müssen. Wann und ob dies tatsächlich der Fall sein wird, steht heute noch in den Sternen. Dagegen spricht der neoliberale Verbalradikalismus Guido Westerwelles, dafür allerdings sein

Machtinteresse. Und dieses sollte man keineswegs unterschätzen, schon weil bei der Wahl im Jahr 2013 die Chancen auf ein Mitregieren der FDP keineswegs größer geworden sein dürften – angesichts einer spätestens dann voraussichtlich möglichen Regierungsbeteiligung der Linkspartei.

Alle diese Überlegungen sind jedoch dann Makulatur, wenn die beiden Großen auch nach 2009 weiter aneinander kleben sollten – allem aktuellen wahltaktischen Gezeter zum Trotz. Dafür spricht in der Tat noch immer das Meiste – schon deshalb, weil jede Dreier-Koalition noch heikler und unkalkulierbarer zu werden verspricht als Schwarz-Rot. Solange dies aber so ist, dürfte mit der Großen Koalition alles *beim* oder (wohl doch eher): *bei der* »Alten« bleiben, wenn nicht die nächsten zwei Jahre doch noch für Überraschungen sorgen.

Tim Spier

## Konkurrenz und Mehrheitsbeschaffer

### Linksparteien in Westeuropa

*»Wie halten wir es mit der Linkspartei?«, lautet die Gretchenfrage der deutschen Sozialdemokratie. Beim Blick auf die europäische Parteienlandschaft sind unterschiedliche Varianten des Umgangs zu beobachten. Die günstige ist die der Koalitionspartnerschaft zum Zwecke der Mehrheitsbeschaffung, mit der zudem linke Protestparteien entzaubert werden können.*

Trotz fünfzehn Jahren parlamentarischer Vertretung der PDS im Deutschen Bun-

destag wurde die Präsenz einer Partei links von SPD und in der öffentlichen Diskussion lange Zeit als eine bemerkenswerte Ausnahmeerscheinung wahrgenommen. Die PDS galt vielen als politisches »Schmuddelkind«, als ein Relikt der DDR, ohne nennenswerte Chance auf eine dauerhafte Etablierung im Westen der Republik. Die Überalterung ihrer Mitglieder wurde als Indiz dafür gesehen, dass die Partei früher oder später aussterben würde.

**Tim Spier**

(\* 1975) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Parteienrecht und -forschung an der Universität Düsseldorf.

tim.spier@uni-duesseldorf.de

